

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 14.11.2013

Wichtigster Tagesordnungspunkt der Sitzung des Stadtrates am 14.11.2013 war die erneute Behandlung der Vorlage

„Erste Nachtragshaushaltssatzung 2013 und Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2023 der Stadt Gera“.

Nach der Ablehnung durch den Stadtrat am 04.11. wurden die Beschlusspunkte der Ursprungsvorlage durch die Projektarbeitsgruppe (IFAG) verändert und erweitert, so z.B.

um

- die Bildung themenbezogener Arbeitsgruppen, die die Arbeit der IFAG und der Ausschüsse des Stadtrates unterstützen soll,
- die Möglichkeit des Verzichtes auf einzelne Maßnahmen oder die Reduzierung des jeweiligen Konsolidierungsbeitrages und deren Ersatz durch andere Maßnahmen,
- die jährliche Beschlussfassung des Hebesatzes der Gewerbesteuer,
- ein Gewerbeansiedlungskonzept zu mehr Gewerbesteuereinnahmen bis Ende 2014,
- die Untersuchungen zur Gründung einer „Bürgerstiftung“.

Die OB forderte die Stadträte auf, den Weg der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen und verwies aber gleichzeitig darauf, dass dieser Weg kein Dogma ist.

Es komme jetzt darauf an gegenüber dem Landesverwaltungsamt ein Zeichen zu setzen, dass die Stadt gewillt ist, die Auflagen dieser Aufsichtsbehörde zu erfüllen. Das bedeutet im Kern Einsparungen von über 100 Mio. € bis 2023 und Verzicht auf eigene Investitionen.

M. Jung (DIE LINKE.) griff die OB an und nannte ihr Handeln „planlos, kraftlos und mutlos“. Noch deutlicher wurde sie als sie sagte: „Nicht nur der Haushalt ist nicht alternativlos, ich denke auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sind es in dieser Position nicht“. (siehe Redebeitrag)

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, A. Allgäuer, erkannte in der Beschlussvorlage einen neuen Text aber keine neuen Inhalte und kritisierte, dass es keine Gespräche der OB mit den Fraktionen gegeben hat. Er formulierte einen Arbeitsauftrag an die OB, der auch die Mehrheitliche Zustimmung des Stadtrates fand, eine Landesbürgerschaft für die SWG AG und den GVB einzuholen in einer Größenordnung, die dem Eigenmittelanteil zur Fortführung der Investitionen entspricht.

Frau Pudig fand sich mit ihrer Fraktion Arbeit für Gera in den überarbeiteten Beschlusspunkten wieder, die dann auch ein komplett anderes Abstimmverhalten (Zustimmung) gegenüber der Beratung zum 04.11. zu Folge hatte.

Das war die wesentliche Voraussetzung dafür, dass o.g. Drucksache mit 24 Ja-Stimmen bei 18 Nein-Stimmen (9 DIE LINKE., 6 SPD, 2 NPD und 1 CDU) und einer Enthaltung angenommen wurde.

Damit ist zugleich beschlossen, dass der Hebesatz für die Grundsteuer B ab dem 01.01.2013 auf 650 Prozent ansteigen wird!

Beschlossen wurden veränderte Ausschussbestellungen auf Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Bürgerschaft Gera. Durch den Wechsel des Stadtrates R. Bornkessel von der CDU-Fraktion in die

Bürgerschaft, verliert die CDU-Fraktion ein weiteres Mitglied. Das hat zur Folge, dass sie künftig in den Ausschüssen des Stadtrates nur noch mit einem stimmberechtigten Stadtrat vertreten sein darf. Dafür erhält die Fraktion Bürgerschaft Gera die Stimmberechtigung für ein Mitglied in jedem Ausschuss.

Beschlossen wurde auch die (kostenfreie) Mitgliedschaft der Stadt Gera in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommune.

Rede von Margit Jung zum Tagesordnungspunkt „Nachtragshaushalt 2013 und Haushaltssicherungskonzept 2013-2023“

Anrede

Wir beraten heute zum zweiten Mal den Nachtragshaushalt und das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Gera. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben die Vorlage zahlenmäßig in unveränderter Form vorgelegt und sie mit zusätzlichen fünf Punkten verschlimmbessert.

Aber erst mal zur Abfolge.

Am 4. 11. 2013 lehnte der Stadtrat Gera die beschriebene Vorlage ab. Was passierte nun danach? Wer gedacht hat, dass Sie um Ihre Mehrheiten nun ringen, der irrte mächtig. Nein, an demselben Abend noch veranlassten Sie eine sogenannte Ausgabensperre, wieso eigentlich keine Haushaltssperre? und die Schließung von Museen und Bibliotheken.

Sie bestrafte also die Geraer Bevölkerung für einen Beschluss des Stadtrates, der nicht nach Ihrem Interesse ausgegangen ist.

Gleichzeitig veranlassten Sie ohne Rücksprache mit den Fraktionen eine Sondersitzung des Stadtrates für den 8. November, die sie ebenso rückgängig machten wie die Schließung der Einrichtungen bereits nach einem Tag.

Am Abend des 5. November, Dienstag, verkündeten Sie im „Thüringen-Journal“ auf die Frage, was Sie jetzt unternehmen, um den Haushalt bestätigt zu bekommen, dass Sie mit den Fraktionen ins Gespräch kommen.

Auf dieses Gespräch warte ich noch heute.

Ihr Consulter berief dann für den Mittwoch die interfraktionelle Arbeitsgruppe ein und vergaß den Vertreter der SPD.

Jetzt kann ja so etwas einmal passieren, aber bei der Bedeutung des Haushaltes muss man natürlich die Frage stellen: Wieso laden Sie dazu nicht ein?

Diese Arbeitsgruppe erarbeitete dann die zusätzlichen fünf Punkte, sie bemühte sich, auf Diskussionen hier im Stadtrat einzugehen und formulierte Prüfaufträge.

Ich will nur auf zwei Punkte eingehen.

In Punkt 5 der Vorlage beschreiben Sie den Fortgang der Gespräche zur Haushaltskonsolidierung und setzen auf Arbeitsgruppen, die neben den Ausschüssen arbeiten.

Eine Erläuterung dazu, wie das Ganze zusammengeführt werden soll, wer mit wem wo berät, dieser Aussage bleiben Sie bis heute schuldig.

Im Punkt 9 der Vorlage beschreiben Sie, dass Sie bis Ende 2014 ein Konzept erstellen wollen, wie Sie Gewerbe in Gera ansiedeln wollen, um mehr Einnahmen zu erzielen.

Frau Oberbürgermeisterin, wir waren der Meinung, dass Sie angetreten sind, um Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen, Kontakte und Beziehungen für die Wirtschaftsförderung einzubringen.

Es stellt sich nur eine Frage, wann ?, wenn erst bis Ende 2014 das Konzept erstellt wird.

Darüber hinaus wissen wir ja seit dem Bundestagswahlkampf, dass Sie gar kein Konzept brauchen, weil der inzwischen gewählte Bundestagsabgeordnete Herr Weiler in einer Podiumsdiskussion in den Gera-Arkaden auf die Frage, wie er denn Industrie in Gera ansiedeln will, geantwortet hat: Das ist ganz einfach. Da nehme ich die Oberbürgermeisterin an die Hand, setze sie zu mir ins Auto, fahre zu den Unternehmen und dann kommen sie schon nach Gera.

Also Frau Dr. Hahn, Sie brauchen ja Herr Weiler nicht die Hand zu geben, aber so geht es auf alle Fälle später.

Nun zum Montag:

Im nichtöffentlichen Teil des Haushalts- und Finanzausschusses wurden dann die Mitglieder des Stadtrates, die auch in Aufsichtsräten des Stadtwerkekonzerns sitzen, genötigt, ihr Stimmverhalten zu verändern, also mit Ja zu stimmen, weil sie sich sonst strafbar machen.

Mit Verlaub, dagegen hätten Sie als oberste Dienstherrin und Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke AG vorgehen müssen.

Am gleichen Abend fand auf Initiative dann des DGB eine öffentliche Diskussion zum Haushalt mit Bürgerinnen und Bürgern in diesem Rathaussaal statt.

Alle, die anwesend waren, haben sicherlich bemerkt, dass die Bürgerinnen und Bürger durchaus Verständnis für die schwierige Situation in der Stadt Gera haben, aber kein Verständnis für Ihr Handeln, für die Sparvorschläge oder oftmals sogar Nichthandeln haben.

Auf viele Fragen antworteten Sie ausweichend, gar nicht oder falsch. Ein Beispiel zum wiederholten Male, trotz mehrfacher Korrektur auch meinerseits, antworteten Sie wiederum auf die Frage, ob denn im Sozialhaushalt man die Mehrausgaben nicht hätte früher berechnen können, dass die Mitarbeiter des Sozialdezernats dies erst im Juli nachgemeldet hätten.

Frau Oberbürgermeisterin, ich weise Sie nochmals darauf hin, dass gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich sehr sorgfältig, exakt und genau jede Ausgabe rechtzeitig und in voller Höhe angemeldet haben und in dem bereits im März vorgelegten Haushalt Kürzungen seitens der Finanzsteuerung vorgenommen wurden, die die Mitarbeiter des Sozialdezernates weder angezeigt noch zu vertreten haben. In der Sachdarstellung der Produkte haben Sie sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, die Fallzahlen und Kosten pro Fall zu verändern. Noch heute ist ihre Streichung nachzuvollziehen.

Wenn wir heute und im Zuge der ganzen Haushaltsdiskussion von Wahrheit und Klarheit reden, dann gehört diese Wahrheit ganz explizit dazu.

Dass seit Jahren gerade DIE LINKE immer wieder in Ausschüssen, hier auch im Stadtrat selbst, die nicht ausreichenden eingestellten Pflichtleistungen der Stadt angemahnt hat, sei hier noch einmal erwähnt.

Bereits in der Nichtwürdigung des Haushaltes im Jahre 2010 hat das Landesverwaltungsamt auf diesen Sachverhalt z. B. bei der nicht ordnungsgemäßen Einstellung der Gelder für die Fachpersonalkosten für Kindertagesstätten hingewiesen.

Und deshalb würden wir uns in Gänze dem Nachtragshaushalt nicht verweigern, nur der Begründung für die Ursachen.

Höhepunkt des Montag abends war es dann aber, dass Sie in diesen schwierigen Tagen Zeit gefunden haben und vermeldet haben, dass Sie Ihre Struktur der Verwaltung verändert haben. Skandalös ist, dass nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das per Pressemitteilung erfahren haben und es stellt einen absoluten Vertrauensmissbrauch aus unserer Sicht dar, wenn der gewählte Personalratsvorsitzende jetzt Personalchef der Verwaltung wird.

Das alles natürlich wie immer ohne Ausschreibung, nicht einmal innerbetrieblich. Hat der Personalratsvorsitzende seinen eigenen Wechsel noch bestätigt? Über alles andere kann ich nur noch mit dem Kopf schütteln.

Und da sind wir bei dem eigentlichen Problem in der gesamten Haushaltsdiskussion und das haben auch die Bürger zum Ausdruck gebracht.

Ihr Handeln kann man nur einschätzen als planlos, kraftlos und mutlos.

Wie Sie diese Stadt aus dieser schwierigen Situation mit den besonders in den letzten Tagen an den Tag gelegten Aktionismus führen wollen, wie sie Menschen motivieren wollen, Sie auf diesem Weg zu unterstützen, bleibt mir verborgen.

Ihr Aktionismus in diesen Tagen lässt mich nur zu einem Schluss kommen, dass Sie Ihrem Eid, von der Stadt Gera Schaden abzuwenden, in keinsten Form Genüge getan haben.

Sie haben der Stadt einen immensen Imageschaden zugefügt.

Ich bin mir sicher, dass es gut gewesen wäre, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit dem Stadtrat die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes auf unsere Stadt vielleicht mit einer

Demonstration vor der Staatskanzlei oder dem Finanzministerium zu dokumentieren, denn wie mein Kollege Schubert in der letzten Beratung bereits ausgeführt hat, sind wir nicht der Auffassung, dass die Stadt über ihren Verhältnissen gelebt hat.

Kinder haben mir Bilder mitgegeben, die sie in den letzten Tagen gemalt haben, was Ihnen in Gera gefällt, Tierpark, Spielplatz, Puppentheater sind darauf zu sehen.

Sie haben die Fragen auch von Bürgern nicht beantwortet, welche Schwerpunkte, welche Zielstellung, welche Vision oder welche Zukunft Sie für die Stadt Gera sehen. Ich frage Sie hier an dieser Stelle nicht das erste Mal.

Ich überreiche Ihnen gern die Bilder, weil diese die Aussage der LINKEN unterstreichen, dass gerade in diesem Bereich der Zukunft unserer Kinder das Sparen einfach nur falsch ist.

Und zum wiederholten Male sage ich Ihnen: Konsolidieren heißt nicht nur Sparen.

Und wer behauptet, dass das vorgelegte Konzept alternativlos sei, weil nur dieses immense Sparpotential dazu führt, die Situation in der Stadt Gera zu lösen, dem möchte ich ein paar Passagen aus der Resolution des Gemeinde- und Städtebundes und des Thüringer Landkreistages an die Landesregierung vom 5. 11. 2013 verlesen.

Zitat:

*„Die kreisangehörigen Gemeinden und Städte, Landkreise und kreisfreie Städte fordern die Landesregierung auf, den **dramatischen Sinkflug der kommunalen Finanzen** zu stoppen und dafür beim **KFA 2014 deutlich nachzubessern**. Das Ausblenden der aktuellen Finanznöte der Kommunen durch das Land ist nicht mehr hinnehmbar. Die **Kommunen sind die Basis unserer Demokratie**, die von unten nach oben gelebt wird. Dafür muss das Land den Kommunen auch eine auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung stellen. Der Griff in die kommunalen Kassen beeinträchtigt die geschaffenen Strukturen vor Ort und geht damit letztlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Eine **vom Land verordnete Hungerkur** für die Kommunen wird kategorisch abgelehnt, da **am Ende der Tod steht!***

Das Land muss beim KFA 2014 nachbessern!

*Für die Kommunen ist nicht zu akzeptieren, dass **das Land zum 30.06.2013 mit einem finanziellen Überschuss von rund 420 Mio. € aufwarten kann**, während vielen Kommunen eine **finanzielle Bruchlandung** bevorsteht. Bereits 2012 hatte das Land rund 150 Mio. € aus dem KFA genommen und die Finanzausgleichsmasse für 2013 noch einmal um 123 Mio. € reduziert. Trotz Garantiefonds steht den Kommunen in diesem Jahr deutlich weniger Geld zur Verfügung. Eine solche Finanzpolitik des Landes gegenüber den Kommunen muss für den KFA 2014 revidiert werden. Schon nach dem Partnerschaftsgrundsatz des KFA müssen die Kommunen mit rund 36,5 % an dem Landesüberschuss beteiligt werden. Die Partnerschaft muss ernst genommen und daher auch die **Finanzausgleichsmasse aufgestockt** werden!*

Wir fordern nach dem Partnerschaftsgrundsatz 150 Mio. € vom Überschuss des Landes.

*Ein Blick auf die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen pro Einwohner zeigt, wie massiv das Land bereits in den KFA gegriffen hat. Gab es **2009 für die Landkreise noch 176 €/***

Einwohner waren es 2013 (ohne Verschlüsselung) nur noch 108 €/Einwohner.

*Bei den **Gemeinden waren es 2009 398 €/Einwohner und 2013 nur noch 247 €/Einwohner**. Die vom Finanzministerium eingeführte Verschlüsselung wichtiger Aufgabenbereiche (Hartz-IV, SoBez, Sozialhilfelastenausgleich und Familienleistungsausgleich) hat diesen Rückgang absichtlich kaschiert. Das finanzielle Loch in den kommunalen Taschen ist dadurch nur noch größer geworden. Diese Verschlüsselung ist letztlich zu Lasten der Transparenz gegangen! Als Ergebnis der Finanzpolitik des Landes beim KFA hat die Finanznot der Kommunen **dramatische Ausmaße erreicht**.*

- So sind 122 Gemeinden noch ohne Haushalt für 2013.

- 454 Gemeinden müssen auf ihre Rücklagen zurückgreifen, um den Haushalt ausgleichen zu können.

- 200 Gemeinden haben bereits alle Rücklagen aufgebraucht für laufende Ausgaben.

- 326 Gemeinden haben nicht mehr das Geld für Tilgungsleistungen.

- Aber auch die Landkreise haben keine Alternativen gesehen, **die Kreisumlage von 2011 auf 2013** durchschnittlich um rund 5 % zu erhöhen! Mittlerweile gibt es sogar Landkreise, die gegen die Gemeinden in die Zwangsvollstreckung gehen, weil die Finanzaufweisungen des Landes nicht mehr ausreichen. Weitere Erhöhungen der Kreisumlagen werden folgen. Das „Glattziehen“ der Kreishaushalte, um dem Land mehr Luft bei seinen Finanzen zu geben, ist nicht mehr länger darstellbar.“
Ende Zitat.

Wir sind nicht allein.

Abschließend kann ich für unsere Fraktion nur feststellen, dass es keinen Anlass für uns gegeben hat, die in unserer Fraktion durchaus unterschiedlichen Meinungen zu verändern.

Für mich ist nur eines klar:

Nicht nur der Haushalt ist nicht alternativlos. Ich denke auch Sie sind es in dieser Position nicht.